

# Positionspapier

## Wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen statt staatlicher Eingriffe und Protektionismus

Ein Diskussionsbeitrag der American Chamber of Commerce in Germany e.V. zu der „Nationalen Industriestrategie 2030 - Leitlinien für eine deutsche und europäische Industriepolitik“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Frühjahr 2019



---

# Inhalt

---

Präambel .....	4
Executive Summary .....	5
Ausgangslage und Herausforderungen .....	6
Digitalisierung und Basisinnovationen .....	7
Leitlinien erfolgreicher Industriepolitik .....	8
Politische Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsfähige Industrie .....	9

---

## Präambel

---

Die American Chamber of Commerce in Germany (AmCham Germany) ist die Stimme der transatlantischen Wirtschaft – ein Zusammenschluss von 2300 großen, mittelständischen und kleinen Unternehmen und Privatpersonen, die in Deutschland, Europa oder den USA ansässig sind und im jeweils anderen Wirtschaftsraum investieren, produzieren sowie Dienstleistungen erbringen. AmCham Germany fördert die globalen Handelsbeziehungen, die auf dem starken Fundament der deutsch-amerikanischen Partnerschaft fußen. Diese Partnerschaft beruht auf historischer Erfahrung, gemeinsamen Interessen und der gewachsenen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Verflechtung unserer Gesellschaften. Darüber hinaus setzt sich AmCham Germany für einen transparenten Dialog ein und bekennt sich klar zu den transatlantischen Werten. Neben freiem Handel, wettbewerbsfähigen und offenen Märkten sind dafür auch Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit von zentraler Bedeutung. Offene Gesellschaften sind für wirtschaftliche und soziale Innovationen, Stabilität und Prosperität nicht weniger wichtig als der freie Verkehr von Waren, Daten, Dienstleistungen und Personen. Transatlantisch tätige Unternehmen gehen ins unternehmerische Risiko, kommen ihren gesellschaftlichen Pflichten nach und beschäftigen rund 1,5 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den beiden Wirtschaftsräumen. Die Erfahrungen und Analysen dieser Unternehmen zeigen, dass der Westen seine spezifischen Stärken ausbauen muss, um angesichts der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen zu bestehen.

---

## Executive Summary

---

Der Vorstoß des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie unter Federführung des Ministers Peter Altmaier thematisiert die ökonomischen Herausforderungen Deutschlands und Europas in einer sich dramatisch verändernden Welt. AmCham Germany begrüßt die „Nationale Industriestrategie 2030: Strategische Leitlinien für eine deutsche und europäische Industriepolitik“ als Einladung zur Diskussion und befürwortet ausdrücklich das Bekenntnis zu einer starken Industrie sowie marktwirtschaftlichem Wettbewerb, Freihandel und Multilateralismus. Für die Realisierung einer entsprechenden Industriepolitik hält AmCham Germany die folgenden Punkte für zentral:

- **Kooperation:** Eine innovations- und industriefreundliche Wirtschaftspolitik muss europäisch und transatlantisch sein. Beide Wirtschaftsräume – Europa und die USA – haben komplementäre Stärken, die es für künftige Wettbewerbsstärke, Wachstum und Beschäftigung zu nutzen gilt.
- **Rahmenbedingungen:** Das wichtigste Ziel der Industriepolitik liegt darin, geeignete Voraussetzungen dafür zu schaffen, die eigenen Stärken auszubauen. Staatliche Eingriffe in die Wirtschaft hingegen sollten die Ausnahme bleiben; wo sie stattfinden, müssen sie punktuell, klar begründet und mit messbaren Zielen erfolgen.
- **Vielfalt:** Digitalisierung und Innovation leben von der Diversität der Talente und Perspektiven. Grenzüberschreitende Kooperation ist gerade hier eine wesentliche Voraussetzung, um Effizienz zu steigern und neue Lösungen zu finden. Unabdingbar dafür ist ein fairer, regelbasierter Wettbewerb.

AmCham Germany betrachtet die nachfolgenden Empfehlungen als **Diskussionsbeitrag und Angebot zur Debatte** der „Nationalen Industriestrategie 2030“ und lädt sowohl die Bundesregierung als auch alle anderen beteiligten Stakeholder zu einem ausführlicheren Dialog ein. Gleichzeitig setzt sich AmCham Germany auch weiterhin im Gespräch mit ihren transatlantischen Partnern für eine innovations- und industriefreundliche Politik auf Basis einer sowohl verstärkten deutsch-amerikanischen als auch europäisch-amerikanischen Wirtschaftskooperation ein.

---

## Ausgangslage und Herausforderungen

---

Die Geschichte der transatlantischen Beziehungen der vergangenen 70 Jahre ist vor allem eine der gemeinsamen Erfolge. Das gilt ganz besonders für die ökonomische Partnerschaft zwischen den USA, Europa und Deutschland. Mehr als die Hälfte aller amerikanischen Auslandsinvestitionen weltweit fließt nach Europa, davon 136 Milliarden Dollar nach Deutschland. Umgekehrt stellt Europa 54 % der globalen Investitionen in den USA bereit. Die Kooperation der beiden derzeit wettbewerbsstärksten und innovativsten Volkswirtschaften der Welt, USA und Deutschland, hat einen Jahrzehnte währenden Wohlstandsgewinn für beide Länder gebracht. Heute entfällt rund ein Drittel der gesamten Wirtschaftsleistung der Welt auf beide Volkswirtschaften, sie ziehen rund 60 % des globalen Wagniskapitals an, beherbergen 60 der 100 größten Unternehmen der Welt, sowie hunderte von kleinen-, mittelständischen und großen Weltmarktführern mit hochinnovativen Spezialprodukten.

Diesen Erfolg verdanken beide Volkswirtschaften vor allem ihren gemeinsamen Überzeugungen, die trotz unterschiedlicher Ausprägungen der Marktwirtschaft – sozial hier, liberal dort – im Kern gleich sind. Regelbasierter Wettbewerb und Handel, Individualrechte wie (geistiges) Eigentum, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit und eine unabhängige Justiz gehören dazu. Sie haben unsere Gesellschaft und Wirtschaft geprägt und beide Volkswirtschaften schnell, innovativ und enorm anpassungsfähig gemacht. Deshalb sehen wir keine Alternative zur engen Partnerschaft zwischen Deutschland und den USA.

Doch dieses Erfolgsmodell gerät von innen und außen immer stärker unter Druck. Extrem leistungsfähige Ökonomien vor allem in Asien etablieren sich zunehmend auch als Innovationsführer und Qualitätsanbieter und erzwingen die Konsolidierung der Industrie in etablierten Märkten. Einige dieser Volkswirtschaften verzerren zudem mit staatlich finanzierten Innovations- und Strukturprogrammen den globalen Wettbewerb zu ihren Gunsten, bieten ihre Waren und Dienstleistungen zu subventionierten Preisen an und profitieren bei der Schaffung digitaler Plattformen von den Größenvorteilen in ihren abgeschotteten Märkten. Zudem nimmt innerhalb des Westens die Bereitschaft zur Partnerschaft ab, multilaterale Verträge werden in Frage gestellt und Konfrontation rückt zunehmend an die Stelle von Kooperation. Wie soll Deutschland darauf reagieren?

Im Industriesektor verhalten sich Deutschland und die USA komplementär zueinander: Deutschland ist besonders stark in der Grundlagenforschung, in der industriellen Produktion sowie in der Systemintegration von digitalen Technologien. Die Stärken der USA liegen hingegen bei anwendungs- und anwenderbezogenen Innovationen, insbesondere der Digitalisierung und ihrer Übersetzung in erfolgreiche Geschäftsmodelle. AmCham Germany ist davon überzeugt, dass beide Seiten enorm von den jeweiligen Stärken des anderen profitieren können und sie zusammengenommen das Potenzial für künftiges Wachstum und Beschäftigung haben sowie einen wichtigen Stabilitätsfaktor darstellen.

Der Vorteil der westlichen Ökonomien auf beiden Seiten des Atlantiks ist ihre Vielfalt auf der Basis gemeinsamer Grundwerte. Sie ist auch Garant für den Wettbewerb nachhaltiger und innovativer

Lösungen. Damit ist der transatlantische Wirtschaftsraum bisher gemeinsam erfolgreich gewesen und kann es auch in Zukunft sein, wenn er diese Stärken kombiniert und die Zusammenarbeit weiter ausbaut.

---

## Digitalisierung und Basisinnovationen

---

AmCham Germany bewertet die Schaffung eines dynamischen Innovationsumfelds und die erfolgreiche digitale Transformation der Wirtschaft als die zentralen Faktoren, um Deutschlands Position als führende Industrienation auch künftig zu sichern. Wie in der „Nationalen Industriestrategie 2030“ beschrieben, ist Deutschland im Bereich der Grundlagenforschung in vielen Bereichen gut aufgestellt, hat aber bei der Übersetzung der Erkenntnisse in praktisch anwendbare Geschäftsmodelle nach wie vor Defizite. Anstatt einseitig nur auf die Förderung deutscher und europäischer Unternehmen zu blicken, sollten gleichzeitig auch die Potenziale grenzüberschreitender Zusammenarbeit genutzt und so auf Augenhöhe Innovations- und Effizienzgewinne gefördert werden. Ein gutes Beispiel hierfür ist die enge Zusammenarbeit deutscher Automobilkonzerne mit amerikanischen Cloud-Anbietern, um das vernetzte Fahren und die „Industrie 4.0“ voranzubringen. Darüber hinaus sind wohl balancierte regulatorische Rahmenbedingungen erforderlich, die innovativen Unternehmen in Deutschland und Europa ein selbst generiertes und nachhaltiges Wachstum ermöglichen. Dabei gilt es insbesondere, den für die deutsche und europäische Wirtschaft so zentralen Mittelstand wieder stärker bei der Regulierung zu berücksichtigen. Denn zuletzt haben wir gerade im Digitalbereich – beispielsweise im Datenschutz oder Urheberrecht – erlebt, dass ursprünglich auf große Internetkonzerne ausgerichtete Regulierungsansätze in der Umsetzung vor allem Mittelständler vor die größten Herausforderungen stellen.

Für die Ausgestaltung der Rahmenbedingungen ist das gemeinsame westliche Wertefundament Europas und der USA von zentraler Bedeutung. Schlüsseltechnologien wie die Künstliche Intelligenz bringen neben Chancen auch Risiken mit sich, wenn sie gegen unsere freiheitlichen Grundrechte eingesetzt werden können. Deshalb gilt es Normen, die den gemeinsamen westlichen Werten entsprechen, für solche Technologien festzulegen. Diese Grundsätze sollten dabei nicht einzig als Leitlinien für die Entwicklung und die Anwendung von künstlich intelligenten Systemen, sondern vielmehr als strategisch bedeutsamer Faktor im globalen Wettbewerb verstanden werden. Um sicherzustellen, dass sich hierbei nicht andere Nationen mit abweichenden Wertvorstellungen durchsetzen, sind eine enge Zusammenarbeit der USA und Europa und eine deutliche Annäherung bei den Regelungsgrundsätzen zwingend erforderlich.

Innovation lebt vom Blick über den Tellerrand, regelmäßigen Austausch und unterschiedlichen Perspektiven. Die interdisziplinäre Arbeit in möglichst heterogenen Teams ist deshalb in vielen Unternehmen auf beiden Seiten des Atlantiks längst zum Standard geworden. Was innerhalb der Unternehmen gilt, trifft ebenso für die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen zu. Internationale Kooperation und fairer Wettbewerb ermöglichen es Unternehmen, voneinander zu lernen. Während beispielsweise deutsche Unternehmen von der amerikanischen Innovationskraft

bei datenbasierten Anwendungen profitieren können, finden amerikanische Unternehmen in der industriell und mittelständisch geprägten deutschen Wirtschaft wichtige Partner für die Weiterentwicklung und Systemintegration ihrer Produkte. Dabei muss selbstverständlich sichergestellt sein, dass beide Seiten von diesem intensiven Austausch profitieren. Auf Grundlage der gemeinsamen Prinzipien der freien Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit setzt sich AmCham Germany deshalb für eine weitere Stärkung des regel- und vertrauensbasierten internationalen Freihandels ein. Die nicht WTO-konforme Abschottung von Märkten, etwa durch vorgeblich mit nationalen Sicherheitsinteressen begründete Strafzölle, lehnen wir ab.

---

## Leitlinien erfolgreicher Industriepolitik

---

Die unbestreitbare Notwendigkeit einer Neujustierung der deutschen Industriepolitik darf nicht dazu führen, staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen zum Regelfall zu machen. So versteht AmCham Germany in der vorgebrachten „Nationalen Industriestrategie 2030“ unter „industrieller und technologischer Souveränität“ die Befähigung, umfassend informierte Entscheidungen über die Verwendung neuester Technologien zu treffen, nicht aber, dem weltweiten Wettbewerb „in allen Bereichen“ gewachsen zu sein. Ebenso muss sich eine Steigerung des Anteils der Industrie an der Bruttowertschöpfung vor allem aus den Entscheidungen und Handlungen von Unternehmen ergeben. Der „Erhalt geschlossener Wertschöpfungsketten“ und der Kampf „um jeden industriellen Arbeitsplatz“ sind für sich genommen nachvollziehbar. Als Leitlinien der Industriepolitik würden sie aber, zu Ende gedacht, zu einer ineffizienten Mittelverwendung führen. Die Vorteile weltweiter Arbeitsteilung könnten nicht genutzt und überkommene industrielle Strukturen würden erhalten bleiben, sodass notwendiger Strukturwandel verhindert würde.

Ähnliche Vorbehalte hat AmCham Germany hinsichtlich der staatlichen Auswahl zu fördernder Unternehmen. Weder die absolute Größe von Unternehmen noch ihre Herkunft („nationale Champions“) bürgen an sich für industriepolitische Erfolge. Im Gegenteil: eine staatliche Überlebensgarantie für große deutsche Unternehmen könnte den „moral hazard“ und wirtschaftliche Ineffizienz begünstigen. Mithin sollte auch die Veränderung bestehender Regeln zur Fusionskontrolle sowie die Schaffung einer Beteiligungsfazilität, die eine staatliche Beteiligung für einen befristeten Zeitraum an Unternehmen vorsieht, sorgfältig überdacht werden. Weitaus bedeutsamer für den Erfolg der deutschen Volkswirtschaft sind hingegen die Unternehmen des Mittelstands mit ihrer starken Position in vielen High-Tech-Märkten in der Welt. Nicht die Schaffung nationaler Champions, sondern eine zielgerichtete Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen wird ihre Position stärken. Entsprechende Empfehlungen werden im nächsten Kapitel konkretisiert.

AmCham Germany sieht staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen im Namen einer „nationalen Industriepolitik“ nur dann gerechtfertigt, wenn sie drei klaren Leitlinien folgen. Dies sind zunächst **klare und begründete Motive**: Industriepolitik muss offenlegen, mit welcher Begründung sie erfolgt. Der mehrfache Verweis auf die Erfolge der USA und Chinas differenziert



nicht ausreichend zwischen der staatskapitalistischen Wirtschaftsform Chinas einerseits, der Überlegenheit US-amerikanischer Technologieunternehmen und der rückwärtsgewandten Protektion einiger US-Branchen andererseits. Hier muss der engen Verbundenheit der transatlantischen Wertegemeinschaft stärker Rechnung getragen werden. Weiterhin bedarf es **übergeordneter und eng begrenzter Ziele**. Markt und Wettbewerb sowie weltweite Arbeitsteilung und Wertschöpfungsketten sind überlegene Ordnungsprinzipien der Volkswirtschaften des Westens, insbesondere der USA und Deutschlands. Staatliche Eingriffe sind deshalb nur zu rechtfertigen, wenn sie der Beseitigung von Marktversagen dienen. Umbrüche in der Industriestruktur sind schmerzhaft, aber notwendige Anpassungsprozesse an den wirtschaftlichen Wandel. Schließlich ist ein **transparenter und konsequenter Mitteleinsatz** erforderlich. In offenen Gesellschaften wie den USA und Europa legt die Politik Rechenschaft über ihre Mittel ab. Dazu gehören vor allem die Wettbewerbs-, Handels- und Sicherheitspolitik, die weitgehend im europäischen Rahmen erfolgen sollte. Die Handlungsspielräume der EU und der Binnenmarkt müssen daher gestärkt werden.

---

## Politische Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsfähige Industrie

---

AmCham Germany begrüßt ausdrücklich das Bekenntnis zu einer starken Industrie sowie marktwirtschaftlichem Wettbewerb, Freihandel und Multilateralismus. Zu Recht postuliert die „Nationale Industriestrategie 2030“, dass der Staat nicht in betriebswirtschaftliche Entscheidungen einzelner Unternehmen oder in den Wettbewerb zwischen Unternehmen eingreifen sollte, sofern keine unlauteren Wettbewerbsverzerrungen vorliegen. Diese Aussagen werden jedoch durch die gleichzeitigen Forderungen unter anderem nach einer stärkeren Politisierung des Wettbewerbs- und Kartellrechts konterkariert. Aus Sicht von AmCham Germany ist dies der falsche Weg. Vielmehr sollte sich die Politik auf die zielgerichtete Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft konzentrieren und dabei auf eine verstärkte europäische und transatlantische Kooperation setzen. Nur so kann es Unternehmen gelingen, als starke und innovative Wettbewerber auf den Weltmärkten erfolgreich zu sein.

In diesem Sinne empfiehlt AmCham Germany, die weitere Diskussion über eine künftige deutsche und europäische Industriepolitik auf die folgenden Punkte zu fokussieren:

- 1. Europäischen Binnenmarkt stärken:** Trotz aller Fortschritte ist der Binnenmarkt auf wichtigen Feldern wie dem Innovationsgeschehen, der Digitalisierung oder der Infrastruktur immer noch zu fragmentiert und spielt seine Größenvorteile viel zu wenig aus. Dabei könnte ein starkes Europa mit einem großen und funktionierenden Binnenmarkt seine eigenen Interessen global wesentlich effektiver durchsetzen. Die Stärkung des Binnenmarkts funktioniert gleichwohl nicht über eine Aufweichung des europäischen Wettbewerbsrechts. Im Gegenteil: Nur ein regelbasierter und fairer Wettbewerb stärkt die Unternehmen im Hinblick auf ihre globale Wettbewerbsfähigkeit. Und nur wenn Europa selbst auf strengen Wettbewerbsregeln besteht, kann es solche auch von anderen Staaten einfordern.

- 2. Europa als Vorreiter für Freihandel positionieren:** Europas Erfolg basiert auf offenen Märkten sowie freiem und regelbasiertem Handel. Auf den zunehmenden Protektionismus anderer Staaten sollte es deshalb nicht mit eigener Marktabschottung reagieren. Auf der Basis gemeinsamer Werte könnte Europa vielmehr anderen Staaten wie den USA eine Partnerschaft zur Durchsetzung eines künftigen Ordnungsrahmens für die globale Wirtschaft anbieten. Ausgangspunkt hierfür könnte ein transatlantisches Freihandelsabkommen sein, mit dem sich gleichzeitig neues Wachstum auf beiden Seiten des Atlantiks generieren ließe.
- 3. Freihandel durch WTO-Instrumente schützen:** Funktionierender Freihandel setzt ein Level Playing Field auf der Basis eines regelbasierten, fairen Wettbewerbs für alle Marktteilnehmer voraus. Wo Unternehmen beispielsweise WTO-rechtswidrig staatliche Subventionen erhalten oder ihren Markt abschotten, muss die EU mit Hilfe der vorhandenen Abwehr- und Schutzinstrumente konsequent gegen diese Regelverstöße vorgehen, um im Sinne der Reziprozität das Level Playing Field wiederherzustellen. Dies sieht auch die WTO ausdrücklich so vor, die zentraler Ort für die Regelung handelspolitischer Fragen bleiben sollte. Allerdings bedarf sie einer Reform, bei der sich Deutschland zusammen mit Europa und den USA als Motoren betätigen sollten, mit dem Ziel, die Regeln besser durchzusetzen und die Verfahren transparenter zu machen.
- 4. Dynamisches Innovationsumfeld schaffen:** Um bei wichtigen Schlüsseltechnologien wie der Künstlichen Intelligenz nicht den Anschluss zu verlieren, bedarf es eines dynamischen Innovationsumfelds. Hier machen Staaten wie die USA vor, wie sich Innovationen durch gezielte Anreize, etwa durch die steuerliche Forschungsförderung, Mobilisierung von Wagniskapital, den Verzicht auf unnötige Regulierung oder die Anwendung von Experimentierklauseln, schneller an den Markt bringen und als anwendungsorientierte Geschäftsmodelle kapitalisieren lassen. Die Vielfalt des deutschen Innovationssystems aus Industrie, Mittelstand, innovativen Start-ups sowie öffentlichen Forschungseinrichtungen gilt es zu kräftigen und international noch stärker zu vernetzen. Zudem sollte dafür Sorge getragen werden, dass in Deutschland entwickelte innovative Technologien im Sinne des Patentschutzes gestärkt werden.
- 5. Chancen der digitalen Transformation nutzen:** Auch die Digitalisierung erfordert mehr Dynamik durch attraktivere staatliche Rahmenbedingungen. Dazu bedarf es der raschen Vollendung des digitalen europäischen Binnenmarktes und der Schaffung einer leistungsfähigen IT-Infrastruktur mit flächendeckendem schnellem Internet. Europa und die USA sollten zudem darauf drängen, bei der digitalen Transformation gemeinsame ethische Regeln als auch berechnete Datenschutzerfordernisse von Wirtschaft und Verbrauchern zu einem positiven Differenzierungsmerkmal zu machen. Gleichzeitig sollten aber innovative digitale Anwendungen und Geschäftsmodelle nicht durch zu restriktiven Datenschutz oder unnötige Regulierung verhindert werden. Auch für digitale Plattformen bedarf es eines modernen, effizienten Ordnungsrahmens, der Rechtssicherheit schafft, ohne ihren Erfolg durch unnötige regulatorische Hürden zu behindern.
- 6. Bildung, Infrastruktur und Verwaltung modernisieren:** Eine Modernisierung der öffentlichen Verwaltung mit weniger Bürokratie und schnelleren Entscheidungsprozessen und der Ausbau einer leistungsstarken Infrastruktur sind essenziell, um die eigene Standortattraktivität und

Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Insbesondere der Ausbau digitaler Infrastrukturen ist Voraussetzung für die Anwendung neuer digitaler Technologien – zum Beispiel im Verkehrs- und Gesundheitssektor oder in der Produktion. Gleichzeitig kann die Digitalisierung der Verwaltung dazu beitragen, sie serviceorientierter und effizienter zu machen sowie Bürokratie abzubauen. Schließlich muss das Bildungssystem grundlegend reformiert werden, um durch den gezielten Aufbau von Mathematik-, Informatik-, Naturwissenschaften- und Technik-Kompetenzen (MINT-Kompetenzen) die Entwicklung neuer Technologien und die Offenheit dafür zu fördern. Durch die Förderung lebenslangen Lernens lassen sich technologische und industrielle Transformationsprozesse besser für Arbeitnehmer abfedern. Zusätzlich muss das Bildungssystem gesellschaftliche Herausforderungen wie die Zuwanderung aktiv aufgreifen. Ein Blick auf das Zuwanderungsland USA verdeutlicht, dass Gesellschaft und Wirtschaft enorm von der Dynamik und den Talenten ihrer Zuwanderer profitieren können. Hier spielt die gezielte Förderung durch Ausbildung und Qualifizierung von Zuwanderern eine ganz wichtige Rolle, um sie besser in unsere Gesellschaft und die Arbeitswelt zu integrieren und ihre Potenziale entfalten zu lassen.

- 7. Steuer- und Abgabenlast verringern:** Steuerpolitik ist Standortpolitik. Angesichts der Senkung der Unternehmenssteuern in den USA, aber auch in europäischen Ländern wie Frankreich oder Großbritannien muss Deutschland aufpassen, dass es nicht an Wettbewerbsfähigkeit verliert. Gleichzeitig würden auch steuerliche Anreize für Forschungs- und Anlageinvestitionen wichtige Impulse für künftiges Wachstum setzen. In Deutschland haben sich zudem die Kosten und damit die Wettbewerbsposition hiesiger Unternehmen durch staatliche Eingriffe zum Beispiel aus Gründen des Umwelt- und Klimaschutzes, der Energiewende oder der Sozialpolitik in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten zum Teil deutlich verschlechtert, wie es in den Leitlinien richtig heißt. Auch hier gilt es, durch eine grundsätzliche Senkung der Kostenbelastungen der Unternehmen, zum Beispiel in den Bereichen Energie und Bürokratie, gegenzusteuern.
- 8. Neue Finanzierungsquellen mobilisieren:** Eine starke Industrie geht mit einem starken Kapitalmarkt einher, der Investitionen, Exporte und den Betrieb finanziert und vom Beteiligungskapital (Seed money) bis zur Bankenfinanzierung reicht. Bei einer Verlangsamung der wirtschaftlichen Entwicklung sollte sichergestellt werden, dass neue Bankenregularien wie die International Financial Reporting Standards (IFRS) nicht prozyklisch wirken und den Zugang vor allem mittelständischer Unternehmen zu Kapital erschweren. Wichtig ist jedoch, dass staatliche Aktivitäten nicht mit privatwirtschaftlichen Investitionen konkurrieren. Aus unternehmerischen Entscheidungen wie dem Zusammenschluss von Wettbewerbern im Finanzsektor sollte sich der Staat hingegen heraushalten und sich dabei auf seine notwendigen Kontrollpflichten beschränken. Um Innovationen und innovative Start-ups besser zu fördern, sollten neuere Finanzierungsquellen wie etwa Crowdfunding, Venture Capital und Wachstumskapital konsequent unterstützt und gefördert werden. Nicht nur deutsche Unternehmen profitieren von deren Vorteilen, sondern alle Unternehmen, die in Deutschland zu Wachstum und Beschäftigung beitragen.

### **Über die American Chamber of Commerce in Germany e.V. (AmCham Germany)**

Vor 116 Jahren gegründet und mit mehr als 2300 Mitgliedern ist AmCham Germany die älteste und größte Wirtschaftsvereinigung Deutschlands und vertritt die Interessen US-amerikanischer, deutscher sowie multinationaler Unternehmen aller Wirtschaftszweige und Größen. Als Sprachrohr der transatlantischen Wirtschaft setzt sich AmCham Germany für einen freien und regelbasierten Handel sowie wettbewerbsfähiges und innovationsfreundliches Wirtschaftsklima ein.

#### **Kontakt**

Livia Fischer  
Manager, Government Relations  
Head of Berlin Office  
T +49 30 2130056-23  
F +49 30 2130056-11  
E lfischer@amcham.de

#### **AmCham Germany online**

[www.amcham.de](http://www.amcham.de) | [Twitter](#) | [Facebook](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#)